



SACHSEN-ANHALT

Landesverwaltungsamt

Amtsblatt

10. Jahrgang	Halle (Saale), den 16. April 2013	Nummer 4
--------------	-----------------------------------	----------

INHALT

A. Landesverwaltungsamt

1. Verordnungen

- . Verordnung des Landesverwaltungsamtes zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Laucha von der Mündung in die Saale (km 0+000) bis Schafstädt (km 20+305) und Springbach (km 0+000 bis km 1+072) 47

- . Verordnung des Landesverwaltungsamtes zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Böse Sieben mit Vietzbach und Dippelsbach von der Mündung in den Süßen See (km 0+000) bis Annarode (Vietzbach km 4+285 und Dippelsbach km 3+516) 47

- . Verordnung des Landesverwaltungsamtes zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Querne vom Zusammenfluss mit dem Weidenbach (km 0+000) bis Lodersleben (km 10+092) 48

- . Verordnung des Landesverwaltungsamtes zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Weida von der Mündung in den Mittelgraben mit ehemaligen Salzigen See (km 0+000) bis zum Zusammenfluss von Querne und Weidenbach (km 16+525) 49

- . Verordnung des Landesverwaltungsamtes zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Weidenbach vom Zusammenfluss mit der Querne (km 0+001) bis Barnstädt (km 7+628) 49

- . Verordnung des Landesverwaltungsamtes zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Wilder Graben von der Mündung in die Böse Sieben (km 0+003) bis Volkstedt (km 7+464) 50

2. Rundverfügungen

3. Amtliche Bekanntmachungen

- . Öffentliche Bekanntmachung des Referates Kommunalrecht, Kommunale Wirtschaft und Finanzen zur 3. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Kommunalen Zweckverbandes „Zweckverband Breitband Altmark“ 50

- . Öffentliche Bekanntmachung des Referates Verkehrswesen über einen Hinweis auf wasserverkehrsrechtliche Regelungen 51

- . Öffentliche Bekanntgabe des Referates Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung zur Einzelfallprüfung nach § 3c UVPG im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Antrag der Glaconchemie GmbH in 06217 Merseburg auf Erteilung einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zur wesentlichen Änderung der Glycerinaufbereitungsanlage in **06217 Merseburg, Landkreis Saalekreis** 51

- . Öffentliche Bekanntgabe des Referates Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung zur Einzelfallprüfung nach § 3c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Antrag der Styron Deutschland GmbH in 06258 Schkopau auf Erteilung einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von Lösungselastomeren in **06258 Schkopau, Saalekreis** 52

- . Öffentliche Bekanntgabe des Referates Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung zur Einzelfallprüfung nach § 3c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Antrag der Milch- und Zuchtfarm Nessa GmbH in 06682 Teuchern, Ortsteil Nessa auf Erteilung einer Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen (hier Rindergülle) zur Erzeugung von Biogas mit einer Kapazität von ca. 151 t/d Rindergülle am Standort **06682 Teuchern, Ortsteil Nessa, Burgenlandkreis** 52

- . Öffentliche Bekanntmachung des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt Referat Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gen-

technik, Umweltverträglichkeitsprüfung zum Antrag der Dr. Alder's Tiernahrung GmbH in 07774 Camberg-Schinditz auf Erteilung einer Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur fabrikmäßigen Herstellung von Tierfutter durch Erwärmen von Bestandteilen tierischer Herkunft mit einer Kapazität von 146.000 t/a Nassfutter, 10.000 t/a Snacks sowie Räuchern von Tiernahrung mit einer Produktionsleistung von 8 t/d am Standort 06618 Wethau, Burgenlandkreis	53	lage in 06847 Dessau-Rosslau, Stadt Dessau-Rosslau	55
Öffentliche Bekanntgabe des Referates Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung zur Einzelfallprüfung nach § 3c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Antrag der Fläminger Entenspezialitäten GmbH & Co.KG in 39264 Zerbst/Anhalt OT Reuden auf Erteilung einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zur wesentlichen Änderung einer Anlage zum Schlachten von Tieren (Entenschlachthof) in 39264 Zerbst/Anhalt OT Reuden, Landkreis Anhalt-Bitterfeld	53	Öffentliche Bekanntgabe des Referates Agrarwirtschaft, Ländliche Räume, Fischerei zur allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3c UVP im Rahmen des Flurneuerungsverfahrens nach §§ 56 und 63 Abs. 2 des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes (LwAnpG) i. V. m. § 86 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) „Bodenordnungsverfahren Eichenbarleben- Olbe“, Landkreis Börde Verfahrensnummer BK0013	56
Öffentliche Bekanntmachung des Referates Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung zum Antrag der Solvay P&S GmbH, Engesserstraße 8, 79108 Freiburg auf Erteilung einer Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Tensiden am Standort Genthin, Landkreis Jerichower Land.	54	4. Verwaltungsvorschriften	
Öffentliche Bekanntgabe des Referates Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung zur Einzelfallprüfung nach § 3c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Antrag der Firma AURA Technologie GmbH in 06311 Helbra auf Erteilung einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von Metallsalzen in 06311 Helbra, Landkreis Mansfeld-Südharz	55	5. Stellenausschreibungen	
Öffentliche Bekanntgabe des Referates Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung zur Einzelfallprüfung nach § 3 c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Antrag der Firma Aufwind BB GmbH & Co. Bioenergie Dessau Sechzehnte KG, Blumenstraße 16, 93055 Regensburg auf Erteilung einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zur wesentlichen Änderung einer Anlage zur Erzeugung von Biogas, der Lagerung von brennbaren Gasen in Behältern mit einer Lagerkapazität von 7,78 t Biogas einschließlich Biogasan-		B. Untere Landesbehörden	
		1. Amtliche Bekanntmachungen, Genehmigungen	
		2. Sonstiges	
		C. Kommunale Gebietskörperschaften	
		1. Landkreise	
		2. Kreisfreie Städte	
		3. Kreisangehörige Gemeinden	
		D. Sonstige Dienststellen	
		Öffentliche Bekanntmachung des Landesamtes für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) über die Aufhebung einer Bergbauberechtigung; Berechtsamsnummer: I-B-d/i-135/10 für das Erlaufbnisfeld Halle-Süd	56
		Öffentliche Bekanntmachung der Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt – Zentrale über eine Straßenrechtliche Entscheidung; Verfügung der Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt vom 18.3.2013 - Z/233-31030/7/13	56
		Öffentliche Bekanntmachung des Gutachterausschusses für Grundstückswerte für den Regionalbereich Anhalt des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt	57
		Öffentliche Bekanntmachung des Gutachterausschusses für Grundstückswerte für den Regionalbereich Saale - Unstrut des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt	57

A. Landesverwaltungsamt

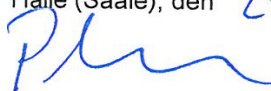
**Verordnung
des Landesverwaltungsamtes
zur Festsetzung
des Überschwemmungsgebietes Laucha
von der Mündung in die Saale (km 0+000) bis
Schafstädt (km 20+305) und Springbach
(km 0+000 bis km 1+072)**

**§ 1
Überschwemmungsgebiet**

- (1) Auf Grundlage des § 76 Abs. 2 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) in Verbindung mit § 99 Abs. 1 Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt (WG LSA) vom 16.03.2011 (GVBl. LSA S. 492) wird das Überschwemmungsgebiet Laucha in den unter Abs. 2 und Abs. 3 näher bezeichneten Grenzen festgesetzt.
Für die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Laucha und Springbach werden die Flächen entlang des Flusslaufes zugrunde gelegt, die bei einem Hochwasserereignis mit einer Wiederkehrwahrscheinlichkeit von 100 Jahren (HQ₁₀₀) überflutet werden.
- (2) Das Überschwemmungsgebiet Laucha von der Mündung in die Saale (km 0+000) bis Schafstädt (km 20+305) und Springbach (km 0+000 bis km 1+072) verläuft im Landkreis Saalekreis innerhalb der Gemarkungsgrenzen der Gemeinde Schkopau und der Goethestadt Bad Lauchstädt.
- (3) Das Überschwemmungsgebiet ist in folgenden digitalen Karten dargestellt:
- | | | |
|-------------------------|--|-----------------------|
| Übersichtslageplan | | |
| Maßstab 1: 25.000 | | (HQ ₁₀₀) |
| Lageplan Blatt 1 bis 10 | | |
| Maßstab 1: 5.000 | | (HQ ₁₀₀). |
- Diese 11 Karten sind Bestandteil der Verordnung.
- (4) Ausfertigungen dieser Verordnung einschl. der zugehörigen digitalen Karten liegen dem Landkreis Saalekreis sowie der Gemeinde Schkopau und der Goethestadt Bad Lauchstädt vor und können bei diesen Behörden während der Sprechzeiten von jedermann kostenlos an folgenden Adressen eingesehen werden:
1. Landkreis Saalekreis, Umweltamt, Domplatz 9, 06217 Merseburg
 2. Gemeinde Schkopau, Schulstraße 18, 06258 Schkopau
 3. Goethestadt Bad Lauchstädt, Markt 1, 06246 Bad Lauchstädt.

**§ 2
Inkrafttreten**

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Halle (Saale), den 27.3.2013

 Pleye
 Präsident

Anlage:
 Daten-CD mit 11 digitalen Karten des Überschwemmungsgebietes

- *) Die Übersichtskarte des Überschwemmungsgebietes befinden sich im Anlagenteil und sind Bestandteil des Amtsblattes.

**Verordnung
des Landesverwaltungsamtes
zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes
Böse Sieben mit Vietzbach und Dippelsbach
von der Mündung in den Süßen See (km 0+000)
bis Annarode (Vietzbach km 4+285 und
Dippelsbach km 3+516)**

**§ 1
Überschwemmungsgebiet**

- (1) Auf Grundlage des § 76 Abs. 2 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) in Verbindung mit § 99 Abs. 1 Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt (WG LSA) vom 16.03.2011 (GVBl. LSA S. 492) wird das Überschwemmungsgebiet Böse Sieben mit Vietzbach und Dippelsbach in den unter Abs. 2 und Abs. 3 näher bezeichneten Grenzen festgesetzt.
Für die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Böse Sieben mit Vietzbach und Dippelsbach werden die Flächen entlang des Flusslaufes zugrunde gelegt, die bei einem Hochwasserereignis mit einer Wiederkehrwahrscheinlichkeit von 100 Jahren (HQ₁₀₀) überflutet werden.
- (2) Das Überschwemmungsgebiet Böse Sieben mit Vietzbach und Dippelsbach von der Mündung in den Süßen See (km 0+000) bis Annarode (Vietzbach km 4+285 und Dippelsbach km 3+516) verläuft im Landkreis Mansfeld-Südharz innerhalb der Gemarkungsgrenzen der Gemeinde Seegebiet Mansfelder Land, der Lutherstadt Eisleben, der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra und der Stadt Mansfeld.
- (3) Das Überschwemmungsgebiet ist in folgenden digitalen Karten dargestellt:

Übersichtslageplan		
Maßstab 1: 40.000		(HQ ₁₀₀)
Lageplan Blatt 1 bis 9		
Maßstab 1: 5.000		(HQ ₁₀₀).


Diese 10 Karten sind Bestandteil der Verordnung.

- (4) Ausfertigungen dieser Verordnung einschl. der zugehörigen digitalen Karten liegen dem Landkreis Mansfeld-Südharz sowie der Gemeinde Seegebiet Mansfelder Land, der Lutherstadt Eisleben, der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra und der Stadt Mansfeld vor und können bei diesen Behörden während der Sprechzeiten von jedermann kostenlos an folgenden Adressen eingesehen werden:

1. Landkreis Mansfeld-Südharz,
Rudolf-Breitscheid-Str. 20/22,
06526 Sangerhausen
2. Gemeinde Seegebiet Mansfelder Land,
Pfarrstrasse 8,
06317 Seegebiet Mansfelder Land –
OT Röblingen am See
3. Lutherstadt Eisleben, Markt 1,
06295 Lutherstadt Eisleben
4. Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra
An der Hütte 1, 06311 Helbra
5. Stadt Mansfeld, Lutherstr. 9, 06343 Mansfeld.

§ 2 Inkrafttreten

- (2) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Halle (Saale), den 27. 3. 2013

 Pleve
 Präsident

Anlage:

Daten-CD mit 10 digitalen Karten des Überschwemmungsgebietes

- *) Die Übersichtskarte des Überschwemmungsgebietes befinden sich im Anlagenteil und sind Bestandteil des Amtsblattes.

Verordnung des Landesverwaltungsamtes zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Querne vom Zusammenfluss mit dem Weidenbach (km 0+000) bis Lodersleben (km 10+092)

§ 1 Überschwemmungsgebiet

- (1) Auf Grundlage des § 76 Abs. 2 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) in Verbindung mit § 99 Abs. 1 Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt (WG LSA) vom 16.03.2011 (GVBl. LSA S. 492) wird das Überschwemmungsgebiet Querne in den unter Abs. 2 und Abs. 3 näher bezeichneten Grenzen festgesetzt.

Für die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Querne werden die Flächen entlang des Flusslaufes zugrunde gelegt, die bei einem Hochwasserereignis mit einer Wiederkehrwahrscheinlichkeit von 100 Jahren (HQ₁₀₀) überflutet werden.

- (2) Das Überschwemmungsgebiet Querne vom Zusammenfluss mit dem Weidenbach (km 0+000) bis Lodersleben (km 10+092) verläuft im Landkreis Saalekreis innerhalb der Gemarkungsgrenzen der Stadt Querfurt und der Verbandsgemeinde Weida-Land.
- (3) Das Überschwemmungsgebiet ist in folgenden digitalen Karten dargestellt:

Übersichtslageplan
 Maßstab 1: 25.000 (HQ₁₀₀)

Lageplan Blatt 1 bis 5
 Maßstab 1: 5.000 (HQ₁₀₀).


Diese 6 Karten sind Bestandteil der Verordnung.

- (4) Ausfertigungen dieser Verordnung einschl. der zugehörigen digitalen Karten liegen dem Landkreis Saalekreis sowie der Stadt Querfurt und der Verbandsgemeinde Weida-Land vor und können bei diesen Behörden während der Sprechzeiten von jedermann kostenlos an folgenden Adressen eingesehen werden:

1. Landkreis Saalekreis, Domplatz 9,
06217 Merseburg
2. Stadt Querfurt, Am Markt 1, 06268 Querfurt
3. Verbandsgemeinde Weida-Land,
Hauptstraße 43, 06268 Nemsdorf-Göhrendorf.

§ 2 Inkrafttreten, Aufhebung

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig wird das vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiet Querne Weida (§ 76 Abs. 3 WHG i. V. m. § 100 WG LSA), soweit es die von dieser Verordnung erfassten Gewässerabschnitte betrifft, aufgehoben.

Halle (Saale), den 27. 3. 2013

 Pleve
 Präsident

Anlage:

Daten-CD mit 6 digitalen Karten des Überschwemmungsgebietes

- *) Die Übersichtskarte des Überschwemmungsgebietes befinden sich im Anlagenteil und sind Bestandteil des Amtsblattes.

**Verordnung
des Landesverwaltungsamtes
zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes
Weida von der Mündung in den Mittelgraben
mit ehemaligen Salzigen See (km 0+000)
bis zum Zusammenfluss von Querne und
Weidenbach (km 16+525)**

**§ 1
Überschwemmungsgebiet**

- (1) Auf Grundlage des § 76 Abs. 2 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) in Verbindung mit § 99 Abs. 1 Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt (WG LSA) vom 16.03.2011 (GVBl. LSA S. 492) wird das Überschwemmungsgebiet Weida mit ehemaligen Salzigen See in den unter Abs. 2 und Abs. 3 näher bezeichneten Grenzen festgesetzt.

Für die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Weida mit ehemaligen Salzigen See werden die Flächen entlang des Flusslaufes zugrunde gelegt, die bei einem Hochwasserereignis mit einer Wiederkehrwahrscheinlichkeit von 100 Jahren (HQ₁₀₀) überflutet werden.

- (2) Das Überschwemmungsgebiet Weida von der Mündung in den Mittelgraben mit ehemaligen Salzigen See (km 0+000) bis zum Zusammenfluss von Querne und Weidenbach (km 16+525) verläuft im Landkreis Mansfeld-Südharz innerhalb der Gemarkungsgrenzen der Gemeinde Seegebiet Mansfelder Land, im Landkreis Saalekreis innerhalb der Gemarkungsgrenzen der Verbandsgemeinde Weida-Land.

- (3) Das Überschwemmungsgebiet ist in folgenden digitalen Karten dargestellt:

Übersichtslageplan
Maßstab 1: 25.000 (HQ₁₀₀)

Lageplan Blatt 1 bis 8
Maßstab 1: 5.000 (HQ₁₀₀).

Diese 9 Karten sind Bestandteil der Verordnung.

- (4) Ausfertigungen dieser Verordnung einschl. der zugehörigen digitalen Karten liegen dem Landkreis Mansfeld-Südharz, der Gemeinde Seegebiet Mansfelder Land, sowie dem Landkreis Saalekreis und der Verbandsgemeinde Weida-Land vor und können bei diesen Behörden während der Sprechzeiten von jedermann kostenlos an folgenden Adressen eingesehen werden:

1. Landkreis Mansfeld-Südharz,
Rudolf-Breitscheid-Str. 20/22,
06526 Sangerhausen
2. Gemeinde Seegebiet Mansfelder Land,
Pfarrstrasse 8, 06317 Seegebiet Mansfelder
Land - OT Röblingen am See
3. Landkreis Saalekreis, Domplatz 9,
06217 Merseburg
4. Verbandsgemeinde Weida-Land,
Hauptstraße 43, 06268 Nemsdorf-Göhrendorf.

**§ 2
Inkrafttreten, Aufhebung**

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig wird das vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiet Querne Weida (§ 76 Abs. 3 WHG i. V. m. § 100 WG LSA), soweit es die von dieser Verordnung erfassten Gewässerabschnitte betrifft, aufgehoben.

Halle (Saale), den 27.3.2013



Pleye
Präsident

Anlage:

Daten-CD mit 9 digitalen Karten des Überschwemmungsgebietes

- *) Die Übersichtskarte des Überschwemmungsgebietes befinden sich im Anlagenteil und sind Bestandteil des Amtsblattes.

**Verordnung
des Landesverwaltungsamtes
zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes
Weidenbach vom Zusammenfluss mit der Querne
(km 0+001) bis Barnstädt (km 7+628)**

**§ 1
Überschwemmungsgebiet**

- (1) Auf Grundlage des § 76 Abs. 2 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) in Verbindung mit § 99 Abs. 1 Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt (WG LSA) vom 16.03.2011 (GVBl. LSA S. 492) wird das Überschwemmungsgebiet Weidenbach in den unter Abs. 2 und Abs. 3 näher bezeichneten Grenzen festgesetzt.

Für die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Weidenbach werden die Flächen entlang des Flusslaufes zugrunde gelegt, die bei einem Hochwasserereignis mit einer Wiederkehrwahrscheinlichkeit von 100 Jahren (HQ₁₀₀) überflutet werden.

- (2) Das Überschwemmungsgebiet Weidenbach vom Zusammenfluss mit der Querne (km 0+001) bis Barnstädt (km 7+628) verläuft im Landkreis Saalekreis innerhalb der Gemarkungsgrenzen der Verbandsgemeinde Weida-Land.

- (3) Das Überschwemmungsgebiet ist in folgenden digitalen Karten dargestellt:

Übersichtslageplan
Maßstab 1: 15.000 (HQ₁₀₀)

Lageplan Blatt 1 bis 3
Maßstab 1: 5.000 (HQ₁₀₀).

Diese 4 Karten sind Bestandteil der Verordnung.

- (4) Ausfertigungen dieser Verordnung einschl. der zugehörigen digitalen Karten liegen dem Landkreis Saalekreis sowie der Verbandsgemeinde Weida-Land vor und können bei diesen Behörden während der Sprechzeiten von jedermann kostenlos an folgenden Adressen eingesehen werden:

1. Landkreis Saalekreis, Domplatz 9,
06217 Merseburg
2. Verbandsgemeinde Weida-Land,
Hauptstraße 43, 06268 Nemsdorf-Göhrendorf

§ 2

Inkrafttreten, Aufhebung

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig wird das vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiet Querne Weida (§ 76 Abs. 3 WHG i. V. m. § 100 WG LSA), soweit es die von dieser Verordnung erfassten Gewässerabschnitte betrifft, aufgehoben.

Halle (Saale), den 27.3.2013



Pleye
Präsident

Anlage:

Daten-CD mit 4 digitalen Karten des Überschwemmungsgebietes

- *) Die Übersichtskarte des Überschwemmungsgebietes befinden sich im Anlagenteil und sind Bestandteil des Amtsblattes.

Verordnung des Landesverwaltungsamtes zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Wilder Graben von der Mündung in die Böse Sieben (km 0+003) bis Volkstedt (km 7+464)

§ 1

Überschwemmungsgebiet

- (1) Auf Grundlage des § 76 Abs. 2 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) in Verbindung mit § 99 Abs. 1 Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt (WG LSA) vom 16.03.2011 (GVBl. LSA S. 492) wird das Überschwemmungsgebiet Wilder Graben in den unter Abs. 2 und Abs. 3 näher bezeichneten Grenzen festgesetzt.
Für die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Wilder Graben werden die Flächen entlang des Flusslaufes zugrunde gelegt, die bei einem Hochwasserereignis mit einer Wiederkehrwahrscheinlichkeit von 100 Jahren (HQ₁₀₀) überflutet werden.
- (2) Das Überschwemmungsgebiet Wilder Graben von der Mündung in die Böse Sieben (km 0+003) bis Volkstedt (km 7+464) verläuft im Landkreis Mans-

feld-Südharz innerhalb der Gemarkungsgrenzen der Lutherstadt Eisleben.

- (3) Das Überschwemmungsgebiet ist in folgenden digitalen Karten dargestellt:

Übersichtslageplan
Maßstab 1: 25.000 (HQ₁₀₀)

Lageplan Blatt 1 bis 3
Maßstab 1: 5.000 (HQ₁₀₀).

Diese 4 Karten sind Bestandteil der Verordnung.

- (4) Ausfertigungen dieser Verordnung einschl. der zugehörigen digitalen Karten liegen dem Landkreis Mansfeld-Südharz sowie der Lutherstadt Eisleben vor und können bei diesen Behörden während der Sprechzeiten von jedermann kostenlos an folgenden Adressen eingesehen werden:

1. Landkreis Mansfeld-Südharz,
Rudolf-Breitscheid-Str. 20/22,
06526 Sangerhausen
2. Lutherstadt Eisleben, Markt 1,
06295 Lutherstadt Eisleben

§ 2

Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Halle (Saale), den 27.3.2013



Pleye
Präsident

Anlage:

Daten-CD mit 4 digitalen Karten des Überschwemmungsgebietes

- *) Die Übersichtskarte des Überschwemmungsgebietes befinden sich im Anlagenteil und sind Bestandteil des Amtsblattes.

Öffentliche Bekanntmachung des Referates Kommunalrecht, Kommunale Wirtschaft und Finanzen zur 3. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Kommunalen Zweckverbandes „Zweckverband Breitband Altmark“

Das Landesverwaltungsamt als Kommunalaufsichtsbehörde über den „Zweckverband Breitband Altmark“ gibt gemäß § 14 Abs. 2 i. v. m. § 8 Abs. 5 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG-LSA) die folgenden genehmigungspflichtigen Bestandteile der 3. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung und den entsprechenden Genehmigungsvermerk des Landesverwaltungsamtes bekannt. Die weiteren, in der 3. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Breitband Altmark enthaltenen

nicht genehmigungspflichtigen Regelungen sind nicht von der Kommunalaufsichtsbehörde zu veröffentlichen, sondern werden durch den Zweckverband bekanntgemacht.

Die von der Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 19.12.2012 beschlossene

3. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Breitband Altmark

enthält folgende genehmigungspflichtige Regelungen:

Artikel I

Die Verbandssatzung des Zweckverbandes Breitband Altmark wird wie folgt geändert:

1.

Die Verbandssatzung erhält in Folge der Aufnahme weiterer Verbandsmitglieder ein verändertes Mitgliederverzeichnis.

Anlage zu §1 Abs. 3 der Verbandssatzung des Zweckverbandes Breitband Altmark

Mitgliederverzeichnis des Zweckverbandes Breitband Altmark

Die folgenden Landkreise und Gemeinden sind Mitglied im Zweckverband Breitband Altmark:
(in alphabetischer Reihenfolge)

Landkreise:

Landkreis Altmarkkreis Salzwedel

Landkreis Stendal

Gemeinden:

Einheitsgemeinde Hansestadt Gardelegen

Einheitsgemeinde Hansestadt Havelberg

Einheitsgemeinde Hansestadt Osterburg (Altmark)

Einheitsgemeinde Stadt Arendsee (Altmark)

Einheitsgemeinde Stadt Bismark (Altmark)

Einheitsgemeinde Stadt Kalbe (Milde)

Einheitsgemeinde Stadt Klötze

Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte

Gemeinde Beetzendorf

Gemeinde Dähre

Gemeinde Flecken Apenburg-Winterfeld

Gemeinde Jübar

Gemeinde Kuhfelde

Gemeinde Rohrberg

Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck

ausgefertigt:
Hansestadt Salzwedel, den 25.03.2013


Verbandsgeschäftsführer



Hierzu erging durch das Landesverwaltungsamt am 19. März 2013, Az: 206.6.2-01710-ZV Breitband AM, an den Zweckverband „Zweckverband Breitband Altmark“ folgender Bescheid:

Zu dem Antrag des Zweckverbandes „Breitband Altmark“ vom 20.12.2012 auf Genehmigung der genehmigungspflichtigen Bestandteile der 3. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung ergeht folgender

Bescheid:

1. Artikel I Nr. 1 einschließlich der Anlage (Mitgliederverzeichnis) der 3. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des „Zweckverbandes Breitband Altmark“ wird genehmigt.
2. Für diese Entscheidung werden keine Kosten erhoben.

Im Auftrag
gez. Haak

Öffentliche Bekanntmachung des Referates Verkehrswesen über einen Hinweis auf wasserverkehrsrechtliche Regelungen

Durch das Landesverwaltungsamt wurden für den vom Landesamt für Geologie und Bergwesen zur Nutzung freigegebenen Teil auf dem Südfeld des Geiseltalsees Genehmigungen zur gewerblichen Befahrung des Gewässers erteilt. Auf dem befahrbaren Teil des Geiseltalsees finden daher neben der bereits geltenden Allgemeinverfügung des Landkreises Saalekreis zur Nutzung des Geiseltalsees seit dem 28.03.2013 auch die Landesschiffahrts- und Hafenverordnung Anwendung, deren wasserverkehrsrechtlichen Regelungen durch alle Gewässernutzer zu beachten sind.

Die Landesschiffahrts- und Hafenverordnung findet ferner auf nachfolgenden Gewässern Anwendung:

Saale von der Landesgrenze zum Freistaat Thüringen bis km 124,16

Unstrut von der Landesgrenze zum Freistaat Thüringen bis zur Mündung in die Saale

Arendsee

Großer Goitzschensee (befahrbarer Nord- und Zentralteil)

Kühns Loch (einschließlich des Übergangs zum Pareyer Verbindungskanal)

Niegripper See und Durchstich vom Elbe-Havel-Kanal zum Niegripper See

Tagebaurestloch Edderitz

Öffentliche Bekanntgabe des Referates Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung zur Einzelfallprüfung nach § 3c UVPG im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Antrag der Glaconchemie GmbH in 06217 Merseburg auf Erteilung einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zur wesentlichen Änderung der Glycerinaufbereitungsanlage in 06217 Merseburg, Landkreis Saalekreis

Die Firma Glaconchemie GmbH in 06217 Merseburg beantragte mit Schreiben vom 19.10.2012 beim Lan-

desverwaltungsamt Sachsen-Anhalt die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die wesentliche Änderung der

Glycerinaufbereitungsanlage;

hier: Kapazitätserhöhung auf 45 kt/ a

in 06217 Merseburg

Gemarkung: **Merseburg**

Flur: **9**

Flurstücke: **85 und 106.**

Gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wird hiermit bekannt gegeben, dass im Rahmen einer Einzelfallprüfung nach § 3c UVPG festgestellt wurde, dass durch das genannte Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu befürchten sind, so dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erforderlich ist.

Die Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar. Beruht die Feststellung, dass eine UVP unterbleiben soll, auf einer Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c UVPG, ist die Einschätzung der zuständigen Behörde in einem gerichtlichen Verfahren betreffend die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens nur darauf zu überprüfen, ob die Vorprüfung entsprechend den Vorgaben von § 3c UVPG durchgeführt worden ist und ob das Ergebnis nachvollziehbar ist.

Die Unterlagen, die dieser Feststellung zugrunde liegen, können beim Landesverwaltungsamt, Referat Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung in 06118 Halle (Saale), Dessauer Str. 70 als der zuständigen Genehmigungsbehörde, eingesehen werden.

**Öffentliche Bekanntgabe des Referates
Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit,
Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung zur
Einzelfallprüfung nach § 3c des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen
des Genehmigungsverfahrens zum Antrag der
Styron Deutschland GmbH in 06258 Schkopau
auf Erteilung einer Genehmigung nach § 16 des
Bundes-Immissionsschutzgesetzes zur
wesentlichen Änderung der Anlage zur
Herstellung von Lösungselastomeren in
06258 Schkopau, Saalekreis**

Die Firma Styron Deutschland GmbH in 06258 Leuna beantragte mit Schreiben vom 11.03.2013 beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die wesentliche Änderung der

Anlage zur Herstellung von Lösungselastomeren;

hier: Errichtung und Betrieb einer neuen Butadiendestillation

(Anlage nach Nr. 4.1 i) Spalte 1 des Anhangs zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV)

in **06258 Schkopau**

Gemarkung: **Schkopau**

Flur: **4**

Flurstücke: **206, 207, 210.**

Gemäß § 3a UVPG wird hiermit bekannt gegeben, dass im Rahmen einer Einzelfallprüfung nach § 3c UVPG festgestellt wurde, dass durch das genannte Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu befürchten sind, so dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erforderlich ist.

Die Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar. Beruht die Feststellung, dass eine UVP unterbleiben soll, auf einer Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c UVPG, ist die Einschätzung der zuständigen Behörde in einem gerichtlichen Verfahren betreffend die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens nur darauf zu überprüfen, ob die Vorprüfung entsprechend den Vorgaben von § 3c UVPG durchgeführt worden ist und ob das Ergebnis nachvollziehbar ist.

Die Unterlagen, die dieser Feststellung zugrunde liegen, können beim Landesverwaltungsamt, Referat Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung in 06118 Halle (Saale), Dessauer Str. 70 als der zuständigen Genehmigungsbehörde, eingesehen werden.

**Öffentliche Bekanntgabe des Referates
Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit,
Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung zur
Einzelfallprüfung nach § 3c des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen
des Genehmigungsverfahrens zum Antrag
der Milch- und Zuchtfarm Nessa GmbH in
06682 Teuchern, Ortsteil Nessa auf Erteilung einer
Genehmigung nach § 4 des Bundes-
Immissionsschutzgesetzes zur Errichtung
und zum Betrieb einer Anlage zur Behandlung
von nicht gefährlichen Abfällen (hier Rindergülle)
zur Erzeugung von Biogas mit einer Kapazität
von ca. 151 t/d Rindergülle am Standort
06682 Teuchern, Ortsteil Nessa,
Burgenlandkreis**

Die Firma Milch- und Zuchtfarm Nessa GmbH in 06682 Teuchern, Ortsteil Nessa beantragte mit Schreiben vom 21.02.2013 beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt die Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die Errichtung und den Betrieb

**einer Anlage zur Behandlung von
nicht gefährlichen Abfällen (hier Rindergülle)
zur Erzeugung von Biogas mit einer Kapazität
von ca. 151 t/d Rindergülle**

auf dem Grundstück in **06682 Teuchern,
OT Nessa, An der B 91**

Gemarkung: **Nessa,**

Flur: **9,**

Flurstück: **132.**

Gemäß § 3a UVPG wird hiermit bekannt gegeben, dass im Rahmen einer Einzelfallprüfung nach § 3c

UVPG festgestellt wurde, dass durch das genannte Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu befürchten sind, so dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erforderlich ist.

Die Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar. Beruht die Feststellung, dass eine UVP unterbleiben soll, auf einer Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c UVPG, ist die Einschätzung der zuständigen Behörde in einem gerichtlichen Verfahren betreffend die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens nur darauf zu überprüfen, ob die Vorprüfung entsprechend den Vorgaben von § 3c UVPG durchgeführt worden ist und ob das Ergebnis nachvollziehbar ist.

Die Unterlagen, die dieser Feststellung zugrunde liegen, können beim Landesverwaltungsamt, Referat Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung in 06118 Halle (Saale), Dessauer Str. 70 als der zuständigen Genehmigungsbehörde, eingesehen werden.

**Öffentliche Bekanntmachung des Referates
Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit,
Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung
zum Antrag der Dr. Alder's Tiernahrung GmbH
in 07774 Camberg-Schinditz auf Erteilung einer
Genehmigung nach § 4 des Bundes-
Immissionsschutzgesetzes zur Errichtung und
zum Betrieb einer Anlage zur fabrikmäßigen
Herstellung von Tierfutter durch Erwärmen
von Bestandteilen tierischer Herkunft mit einer
Kapazität von 146.000 t/a Nassfutter, 10.000 t/a
Snacks sowie Räuchern von Tiernahrung mit einer
Produktionsleistung von 8 t/d am Standort
06618 Wethau, Burgenlandkreis**

Die Dr. Alders Tiernahrung GmbH in 07774 Camberg-Schinditz beantragte beim Landesverwaltungsamt die Erteilung einer Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) zur Errichtung und zum Betrieb

**einer Anlage zur fabrikmäßigen Herstellung
von Tierfutter durch Erwärmen von Bestandteilen
tierischer Herkunft mit einer Kapazität von
146.000 Tonnen je Jahr Nassfutter,
10.000 Tonnen je Jahr Snacks sowie Räuchern
von Tiernahrung mit einer Produktionsleistung
von 8 Tonnen je Tag**

(Anlage nach Nr. 7.4 b) Spalte 1 und 7.5 Spalte 2 des Anhangs zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV)

auf dem Grundstück in **06618 Wethau, Am Käseberg**

Gemarkung: **Wethau,**
Flur: **3,**
Flurstücke: **11/4, 11/5, 12/1, 12/2, 13/3, 13/5, 17,
18/2, 140, 141/1. 141/2, 144/1, 161,
215/142**

Das Vorhaben wurde am **15.02.2013** bekannt gemacht. Gemäß § 12 Abs. 1 der Verordnung über das

Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) wird hiermit bekannt gemacht, dass die Genehmigungsbehörde in Ausübung pflichtgemäßen Ermessens entschieden hat, dass der Erörterungstermin am **07.05.2013** stattfindet.

Beginn der Erörterung: **10:00 Uhr**
Ort der Erörterung: **Gemeindesaal
Landstraße 20
Mehrzweckgebäude
06618 Wethau OT Pohlitz**

Zu diesem Termin wird nicht gesondert eingeladen. Bei Bedarf wird in dieser Veranstaltung ein Termin für die Fortführung des Erörterungstermins festgelegt. Es wird darauf hingewiesen, dass form- und fristgerecht erhobene Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

**Öffentliche Bekanntgabe des Referates
Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit,
Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung
zur Einzelfallprüfung nach § 3c des Gesetzes
über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) im
Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum
Antrag der Fläminger Entenspezialitäten GmbH &
Co.KG in 39264 Zerbst/Anhalt OT Reuden auf
Erteilung einer Genehmigung nach § 16 des
Bundes-Immissionsschutzgesetzes zur
wesentlichen Änderung einer Anlage zum
Schlachten von Tieren (Entenschlachthof) in
39264 Zerbst/Anhalt OT Reuden,
Landkreis Anhalt-Bitterfeld**

Die Fläminger Entenspezialitäten GmbH & Co.KG in 39264 Zerbst/Anhalt OT Reuden beantragte mit Schreiben vom 11.02.2013 (Posteingang 14.02.2013) beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die wesentliche Änderung einer

**Anlage zum Schlachten von Tieren
(Entenschlachthof)**

**hier: Erweiterung der Schlachtkapazität von 100
auf 148 t/d durch Erweiterung der Schlacht-
zeiten von 8 auf 12 h täglich**

auf dem Grundstück in : **39264 Zerbst/Anhalt
OT Reuden**

Gemarkung: **Reuden**
Flur: **5**
Flurstück: **100**

Gemäß § 3a UVPG wird hiermit bekannt gegeben, dass im Rahmen einer Einzelfallprüfung nach § 3c UVPG festgestellt wurde, dass durch das genannte Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu befürchten sind, so dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erforderlich ist.

Die Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar. Beruht die Feststellung, dass eine UVP unterbleiben soll, auf einer Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c UVPG,

ist die Einschätzung der zuständigen Behörde in einem gerichtlichen Verfahren betreffend die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens nur darauf zu überprüfen, ob die Vorprüfung entsprechend den Vorgaben von § 3c UVPG durchgeführt worden ist und ob das Ergebnis nachvollziehbar ist.

Die Unterlagen, die dieser Feststellung zugrunde liegen, können beim Landesverwaltungsamt, Referat Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung in 06118 Halle (Saale), Dessauer Str. 70 als der zuständigen Genehmigungsbehörde, eingesehen werden.

**Öffentliche Bekanntmachung des Referates
Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit,
Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung zum
Antrag der Solvay P&S GmbH, Engesserstraße 8,
79108 Freiburg auf Erteilung einer Genehmigung
nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur
Herstellung von Tensiden am Standort Genthin,
Landkreis Jerichower Land**

Die Solvay P&S GmbH, beantragte beim Landesverwaltungsamt die Erteilung einer Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) zur Errichtung und zum Betrieb einer

**Anlage zur Herstellung von Tensiden
mit einer Kapazitäten von 35.000 t/a**

(Anlage nach Nr. 4.1 k) der Spalte 1 des Anhangs zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV)

auf dem Grundstück in **39307 Genthin**,

Gemarkung: **Genthin**

Flur: **1**

Flurstück: **10224.**

Die Anlage soll entsprechend dem Antrag im Mai 2014 in Betrieb genommen werden.

Der Antrag und die dazugehörigen Unterlagen liegen in der Zeit vom

24.04.2013 bis einschließlich 23.05.2013

bei folgenden Behörden aus und können zu den angegebenen Werktagen und Zeiten eingesehen werden:

1. Stadtverwaltung Genthin

Fachbereich Bau
Lindenstraße 2
39307 Genthin

Dienstzeiten :

Montag, Mittwoch,
Donnerstag:

08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
13:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Dienstag:

08:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
13:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Freitag:

08:00 Uhr bis 12:00 Uhr

2. Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt

Raum N 212

Dessauer Str. 70,
06118 Halle (Saale)

Mo. - Do.

von 08:00 bis 16:00 Uhr

Fr. und vor

gesetzlichen Feiertagen von 08:00 bis 13:00 Uhr

Einwendungen gegen das Vorhaben können schriftlich in der Zeit vom:

24.04.2013 bis einschließlich 06.06.2013

bei der Genehmigungsbehörde (Landesverwaltungsamt) oder bei der Stelle erhoben werden, bei der Antrag und Unterlagen zur Einsicht ausliegen.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Die Einwendungen sollen neben Vor- und Familiennamen auch die volle und leserliche Anschrift des Einwenders enthalten. Aus den Einwendungen muss erkennbar sein, weshalb das Vorhaben für unzulässig gehalten wird. Die Einwendungen werden der Antragstellerin bekannt gegeben. Auf Verlangen des Einwenders werden dessen Name und Anschrift unkenntlich gemacht, soweit die Angaben nicht zur Beurteilung des Inhalts der Einwendung erforderlich sind.

Sofern frist- und formgerechte Einwendungen vorliegen, können diese in einem öffentlichen Erörterungstermin am **02.07.2013** mit den Einwendern und der Antragstellerin erörtert werden, soweit dies für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen von Bedeutung sein kann.

Beginn der Erörterung: **10:00 Uhr**

Ort der Erörterung: **Stadt Genthin
Rathaussitzungssaal
Marktplatz 3
39307 Genthin**

Die Ermessensentscheidung der Genehmigungsbehörde, ob ein Erörterungstermin stattfindet, wird nach Ablauf der Einwendungsfrist getroffen und öffentlich bekannt gemacht.

Für den Fall, dass der Erörterungstermin stattfindet, wird schon jetzt darauf hingewiesen, dass die frist- und formgerechten Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), gilt für das Verfahren derjenige Unterzeichner als Vertreter der übrigen Einwender, der darin mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als Vertreter bezeichnet ist, soweit er nicht von ihnen als Bevollmächtigter bestellt worden ist. Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Gleichförmige Einwendungen, die die vorgenannten Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, können unberücksichtigt bleiben.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen kann.

**Öffentliche Bekanntgabe des Referates
Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit,
Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung zur
Einzelfallprüfung nach § 3c des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen
des Genehmigungsverfahrens zum Antrag der
Firma AURA Technologie GmbH in 06311 Helbra
auf Erteilung einer Genehmigung nach § 16
des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zur
wesentlichen Änderung der Anlage zur
Herstellung von Metallsalzen in 06311 Helbra,
Landkreis Mansfeld-Südharz**

Die AURA Technologie GmbH in 06311 Helbra beantragte am 26.03.2012 beim Landesverwaltungsamt die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die wesentliche Änderung der

**Anlage zur Herstellung von Metallsalzen
mit einer Kapazität von 12.100 t/a und einer
Gesamtlagerkapazität von 2.500 t**

**(Hier: Modifizierung des Lagerkonzeptes und Er-
richtung einer zusätzlichen Lagerfläche)**

auf einem Grundstück in **06311 Helbra**,

Gemarkung: **Helbra**
Flur: **6**
Flurstücke: **5/69, 5/74**

Gemäß § 3a UVPG wird hiermit bekannt gegeben, dass im Rahmen einer Einzelfallprüfung nach § 3c UVPG festgestellt wurde, dass durch das genannte Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu befürchten sind, so dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erforderlich ist.

Die Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar. Beruht die Feststellung, dass eine UVP unterbleiben soll, auf einer Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c UVPG, ist die Einschätzung der zuständigen Behörde in einem gerichtlichen Verfahren betreffend die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens nur darauf zu überprüfen, ob die Vorprüfung entsprechend den Vorgaben von § 3c UVPG durchgeführt worden ist und ob das Ergebnis nachvollziehbar ist.

Die Unterlagen, die dieser Feststellung zugrunde liegen, können beim Landesverwaltungsamt, Referat Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung in 06118 Halle (Saale), Dessauer Str. 70 als der zuständigen Genehmigungsbehörde, eingesehen werden.

**Öffentliche Bekanntgabe des Referates
Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit,
Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung zur
Einzelfallprüfung nach § 3c des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen
des Genehmigungsverfahrens zum Antrag
der Firma Aufwind BB GmbH & Co. Bioenergie
Dessau Sechzehnte KG, Blumenstraße 16,
93055 Regensburg auf Erteilung einer
Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissions-
schutzgesetzes zur wesentlichen Änderung
einer Anlage zur Erzeugung von Biogas, der
Lagerung von brennbaren Gasen in Behältern
mit einer Lagerkapazität von 7,78 t Biogas
einschließlich Biogasanlage in
06847 Dessau-Rosslau, Stadt Dessau-Rosslau**

Die Firma Aufwind BB GmbH & Co. Bioenergie Dessau Sechzehnte KG, in 93055 Regensburg beantragte mit Schreiben vom 07.11.2012 beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die wesentliche Änderung der

**Anlage zur Erzeugung von Biogas,
der Lagerung von brennbaren Gasen in Behältern
mit einer Lagerkapazität von 7,78 t Biogas
einschließlich Biogasanlage**

in **06847 Dessau-Rosslau**,
Gemarkung: **Törten**,
Flur: **9**,
Flurstücke: **542/7, 542/8, 422/26, 422/27, 422/28,
542/27**.

Gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wird hiermit bekannt gegeben, dass im Rahmen einer standortbezogenen Einzelfallprüfung nach § 3c UVPG festgestellt wurde, dass durch das genannte Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu befürchten sind, so dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erforderlich ist.

Die Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar. Beruht die Feststellung, dass eine UVP unterbleiben soll, auf einer Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c, ist die Einschätzung der zuständigen Behörde in einem gerichtlichen Verfahren betreffend die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens nur darauf zu überprüfen, ob die Vorprüfung entsprechend den Vorgaben von § 3c durchgeführt worden ist und ob das Ergebnis nachvollziehbar ist.

Die Unterlagen, die dieser Feststellung zugrunde liegen, können beim Landesverwaltungsamt, Referat Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung in 06118 Halle (Saale), Dessauer Str. 70 als der zuständigen Genehmigungsbehörde, eingesehen werden.

**Öffentliche Bekanntgabe des Referates
Agrarwirtschaft, Ländliche Räume, Fischerei
zur allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls
gemäß § 3c UVPG im Rahmen des Flurneuord-
nungsverfahren nach §§ 56 und 63 Abs. 2 des
Landwirtschaftsanpassungsgesetzes (LwAnpG)
i. V. m. § 86 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG)
„Bodenordnungsverfahren Eichenbarleben- Olbe“,
Landkreis Börde Verfahrensnummer BK0013**

Das Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten (ALFF) Mitte in 38820 Halberstadt, Große Ringstraße führt das mit Datum vom 12.12.2012 und einer Verfahrensgebietsgröße von rd. 2037 ha angeordnete Flurneuordnungsverfahren „Bodenordnungsverfahren Eichenbarleben-Olbe“ im Landkreis Börde, Verfahrensnummer BK0013 durch. Mit Bericht (Az: 43.4-611 B6/BK13) vom 19.07.2012 beantragte das ALFF Mitte beim Landesverwaltungsamt die Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für

den Bau der geplanten gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Flurneuordnungsverfahren „Bodenordnungsverfahren Eichenbarleben- Olbe“, Landkreis Börde, Verfahrensnummer BK0013, Ge-markungen Eichenbarleben Fluren 1, 2, 3, 4tlw., 5tlw., 6tlw., 7tlw., 8tlw., 9tlw., Irlleben Flur 2tlw., Wellen Fluren 1tlw. und 2tlw., Ochtmersleben Fluren 1tlw., 2, 3tlw., 4tlw., 5, 6tlw. und Groß Rodensleben Flur 7tlw.

besteht.

Gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wird hiermit bekannt gegeben, dass im Rahmen einer Einzelfallprüfung gemäß § 3c UVPG festgestellt wurde, dass durch das genannte Vorhaben (Bau der geplanten gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen) keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu befürchten sind, so dass für den Bau der geplanten gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im o. g. Flurneuordnungsverfahren eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nicht erforderlich ist.

Die Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar. Beruht die Feststellung, dass eine UVP unterbleiben soll, auf einer Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c UVPG, ist die Einschätzung der zuständigen Behörde in einem gerichtlichen Verfahren betreffend die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens nur darauf zu überprüfen, ob die Vorprüfung entsprechend den Vorgaben von § 3c UVPG durchgeführt worden ist und ob das Ergebnis nachvollziehbar ist.

Die Unterlagen, die dieser Feststellung zugrunde liegen, können beim Landesverwaltungsamt, Referat Agrarwirtschaft, Ländliche Räume, Fischerei in 06118 Halle (Saale), Dessauer Str. 70 als der zuständigen Behörde, eingesehen werden.

D. Sonstige Dienststellen

**Öffentliche Bekanntmachung des
Landesamtes für Geologie und Bergwesen
Sachsen-Anhalt (LAGB)
über die Aufhebung einer Bergbauberechtigung;
Berechtsamsnummer: I-B-d/i-135/10 für das
Erlaubnisfeld Halle-Süd**

Gemäß § 19 Abs. 1 Satz 1 Bundesberggesetz (BBergG) wurde die Erlaubnis gemäß § 7 BBergG mit der

Berechtsamsnummer: **I-B-d/i-135/10**

im Erlaubnisfeld **Halle - Süd**

zur Aufsuchung der
bergfreien Bodenschätze **Sole und Erdwärme**

auf Antrag vom 03.10.2012 der Rechtsinhaberin, Maya Mare GmbH & Co. KG, Am Wasserwerk 1 in 06132 Halle (Saale), aufgehoben.

Mit der Bekanntgabe der Aufhebung erlischt die Erlaubnis in vollem Umfang.

Die Lage sowie die Grenzen der aufgehobenen Bewilligung sind im LAGB einsehbar.

Landesamt für Geologie und Bergwesen
Sachsen-Anhalt

Halle, den 13.01.2013

Im Auftrag



Rappsilber



**Öffentliche Bekanntmachung
der Landesstraßenbaubehörde
Sachsen-Anhalt – Zentrale
über eine Straßenrechtliche Entscheidung
Verfügung der Landesstraßenbaubehörde
Sachsen-Anhalt vom 18.3.2013 - Z/233-31030/7/13**

1. Straßenrechtliche Entscheidung

Gemäß §§ 3, 6 und 8 des Straßengesetzes für das Land Sachsen-Anhalt vom 6.7.1993 (GVBl. LSA S. 334), zuletzt geändert § 115 Absatz 3 des Gesetzes vom 16. März 2011 (GVBl. LSA S. 492, 520), ergeht folgende straßenrechtliche Entscheidung:

1.1 Widmung

Die im Gebiet der Stadt Schönebeck (Elbe), Landkreis Salzlandkreis, neu gebauten Teilstrecken der Landesstraße L 51 am Industrie- und Gewerbepark Barbyer Straße vom Abzweig der Neubaustrecke der Landesstraße L 51 von ihrem bisherigen Verlauf bei Netzknoten 4037 010, Station 4.582, bis zur Einmündung in den Kreisverkehr am Knoten Bundesstraße B 246a/Landesstraße L 51 bei Netzknoten 3936 015(0), Station 0.000, sowie von der Ausfahrt aus dem Kreisverkehr am Knoten Bundesstraße B 246a/Landesstraße L 51 bei Netzknoten 3936 015(B), Station 0.000, bis zur Einmündung in ihren bisherigen Verlauf bei Netzknoten 3936 015(B), Station 0.108, sowie vom geplanten Knoten mit der Ortsumfahrung Schönebeck bei Netzknoten 3936 022, Station 0.000, bis zur Einmündung in ihren bisherigen Verlauf bei Netzknoten 3936 022, Station 0.289, mit einer Gesamtlänge von 537 Metern, werden zur Landesstraße als Bestandteil der Landesstraße L 51 gewidmet.

1.2 Einziehung

Die für jeglichen Verkehr entbehrlich gewordenen Teilstrecken der bisherigen Landesstraße L 51 vom Abzweig der Neubaustrecke vom bisherigen Verlauf der Landesstraße L 51 am Kreisverkehr Bundesstraße B 246a/Landesstraße L 51 bei Netzknoten 4037 010, Station 4.582, bis zur Einmündung der Neubaustrecke der Landesstraße L 51 in ihren bisherigen Verlauf bei Netzknoten 3936 015B, Station 0.108, sowie vom geplanten Knoten mit der Ortsumfahrung Schönebeck bei Netzknoten 3936 022, Station 0.000, bis zum Anschluss an den bisherigen Verlauf der Landesstraße L 51 bei Netzknoten 3936 022, Station 0.289, mit einer Gesamtlänge von 501 Metern, werden eingezogen.

2. Bekanntgabe

Diese Verfügung gilt einen Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung als bekannt gegeben. Diese Verfügung und ihre Begründung können während der Dienstzeiten in der Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt, Hasselbachstraße 6, 39104 Magdeburg, Zimmer 1081, eingesehen werden.

3. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Magdeburg, Breiter Weg 203 - 206, 39104 Magdeburg, schriftlich, in elektronischer Form oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder der Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Falls die Klage schriftlich oder zur Niederschrift erhoben wird, sollen der Klage nebst Anlagen so viele Abschriften beigelegt werden, dass alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können.

Falls die Klage in elektronischer Form erhoben wird, sind die elektronischen Dokumente mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz zu versehen. Sie ist bei der elektronischen Poststelle des Verwaltungsgerichts Magdeburg über die auf der Internetseite www.justiz.sachsen-anhalt.de/erv bezeichneten Kommunikationswege einzureichen. Die rechtlichen Grundlagen hierfür sowie die weiteren technischen Anforderungen sind unter der vorgenannten Internetseite abrufbar.

Öffentliche Bekanntmachung des Gutachterausschusses für Grundstückswerte für den Regionalbereich Anhalt des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt

Auf der Grundlage des § 199 Abs. 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der z. Zt. gültigen Fassung wird gemäß § 14 Abs. 1 der Verordnung über die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte (VO Gut) vom 14. Juni 1991 (GVBl. LSA S. 131), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 2. Februar 2011 (GVBl. LSA S. 58) bekanntgegeben, dass der Gutachterausschuss für Grundstückswerte für den Regionalbereich Anhalt die Bodenrichtwerte zum Stichtag 31.12.2012 für Baulandflächen und landwirtschaftlich genutzte Flächen im Landkreis Anhalt-Bitterfeld, im Salzlandkreis (nur Alt-kreis Bernburg) sowie im Landkreis Wittenberg und der kreisfreien Stadt Dessau-Rosslau entsprechend § 196 BauGB und § 11 VO Gut ermittelt hat.

Beim Landesamt für Vermessung und Geoinformation können jedermann Auskünfte aus den Bodenrichtwertkarten in mündlicher und schriftlicher Form oder durch Abgabe eines Auszuges aus der Bodenrichtwertkarte erteilt werden. Außerdem sind die Bodenrichtwerte kostenfrei im Internet unter www.lvermgeo.sachsen-anhalt.de einsehbar.

Dessau-Rosslau, 11.03.2013

gez. Jochen Hausen
Vorsitzender des Gutachterausschusses für
Grundstückswerte

Öffentliche Bekanntmachung des Gutachterausschusses für Grundstückswerte für den Regionalbereich Saale – Unstrut des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt

Auf der Grundlage des § 199 Abs. 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der z. Zt. gültigen Fassung wird gemäß § 14 Abs. 1 der Verordnung über die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte (VO Gut) vom 14. Juni 1991 (GVBl. LSA S. 131), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 2. Februar 2011 (GVBl. LSA S. 58) bekanntgegeben, dass der Gutachterausschuss für Grundstückswerte für den Regionalbereich Saale-Unstrut die Bodenrichtwerte zum Stichtag

31.12.2012 für Baulandflächen und landwirtschaftlich genutzte Flächen im Saalekreis, Burgenlandkreis und dem Landkreis Mansfeld-Südharz und der Stadt Halle (Saale) entsprechend § 196 BauGB und § 11 VO Gut ermittelt hat.

Beim Landesamt für Vermessung und Geoinformation können jedermann Auskünfte aus den Bodenrichtwertkarten in mündlicher und schriftlicher Form oder durch Abgabe eines Auszuges aus der Bodenrichtwertkarte erteilt werden. Außerdem sind die Bodenrichtwerte kostenfrei im Internet unter **www.lvermgeo.sachsen-anhalt.de** einsehbar.

Halle (Saale), 20. März 2013

gez. Thorsten Seeck
Vorsitzender des Gutachterausschusses für
Grundstückswerte

Anlagen
zum Amtsblatt Nr. 4/2013
16. April 2013

Übersichtskarten zu den Überschwemmungsgebieten:

- Übersichtskarte des Überschwemmungsgebietes Laucha von der Mündung in die Saale bis Schafstädt und Springbach
- Übersichtskarte des Überschwemmungsgebietes Bösen Sieben mit Vietzbach und Dippelsbach von der Mündung in den Süßen See bis Annaroda
- Übersichtskarte des Überschwemmungsgebietes Querne vom Zusammenfluss mit dem Weidenbach bis Lodersleben
- Übersichtskarte des Überschwemmungsgebietes Weida von der Mündung in den Mittelgraben mit ehemaligen Salzigen See bis zum Zusammenfluss von Querne und Weidenbach
- Übersichtskarte des Überschwemmungsgebietes Weidenbach vom Zusammenfluss mit der Querne bis Barnstädt
- Übersichtskarte des Überschwemmungsgebietes Wilder Graben von der Mündung in die Böse Sieben bis Volkstedt



Zeichenerklärung:

- Überschwemmungsgebiet HQ 100
- Blattschnitt Überschwemmungsgebietskarten



SACHSEN-ANHALT

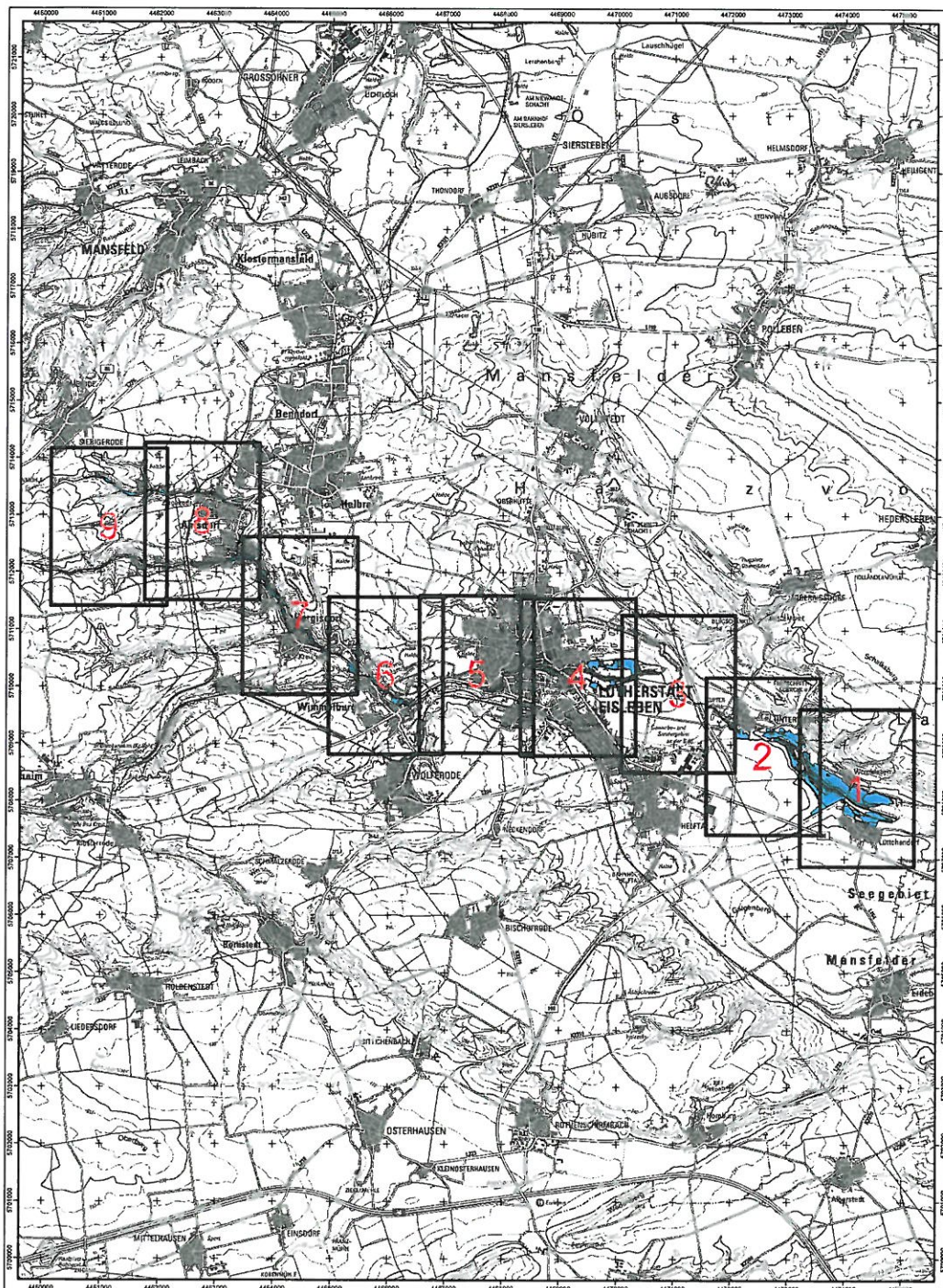
Landesverwaltungsamt

Überschwemmungsgebiet Laucha
Flusskilometer 0+000 bis 20+305
und Springbach (km 0+000 bis km 1+072)

- Übersichtskarte:** der Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Laucha und Springbach
- Maßstab:** 1 : 25.000
- Herausgeber:** Landesverwaltungsamt
- Redaktion:** Referat Wasser
Dessauer Straße 70
06118 Halle(Saale)
- Datenquelle:** Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt
Geschäftsbereich Grundlagen, Planung und Bau
Wilh-Brundert-Str. 14
06132 Halle (Saale)
- Bearbeitung:** Arcadis Deutschland GmbH
Wallstraße 18
D-09599 Freiberg
- Bearbeitungsstand:** Dezember 2012
- Kartengrundlage:** Topographische Karte Sachsen-Anhalt DTK50 (Lagestatus 110; Höhenstatus 160)

Darstellung auf der Grundlage von Geodateninformationen der Vermessungs- und Katasterbehörden.
Mit Genehmigung des Landesamtes für Landesvermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt.
© VermGeo LfA www.vermgeo.sachsen-anhalt.de 2012/01/02

Die Karte ist gesetzlich geschützt. Vervielfältigungen nur mit Erlaubnis des Herausgebers.
Als Vervielfältigungen gelten z.B. Nachdruck, Fotokopie, Mikroverfilmung,
Digitalisieren, Scannen sowie Speicherung auf Datenträgern.



Zeichenerklärung:

- Überschwemmungsgebiet HQ 100
- Blattschnitt Überschwemmungsgebietskarten



SACHSEN-ANHALT

Landesverwaltungsamt

**Überschwemmungsgebiet Böse Sieben
mit Vietzbach und Dippelsbach
Flusskilometer 0+000 bis
Vietzbach km 4+285 und Dippelsbach km 3+516**

Übersichtskarte: der Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Böse Sieben mit Vietzbach und Dippelsbach

Maßstab: 1 : 40.000

Herausgeber: Landesverwaltungsamt

Redaktion: Referat Wasser
Dessauer Straße 70
06118 Halle(Saale)

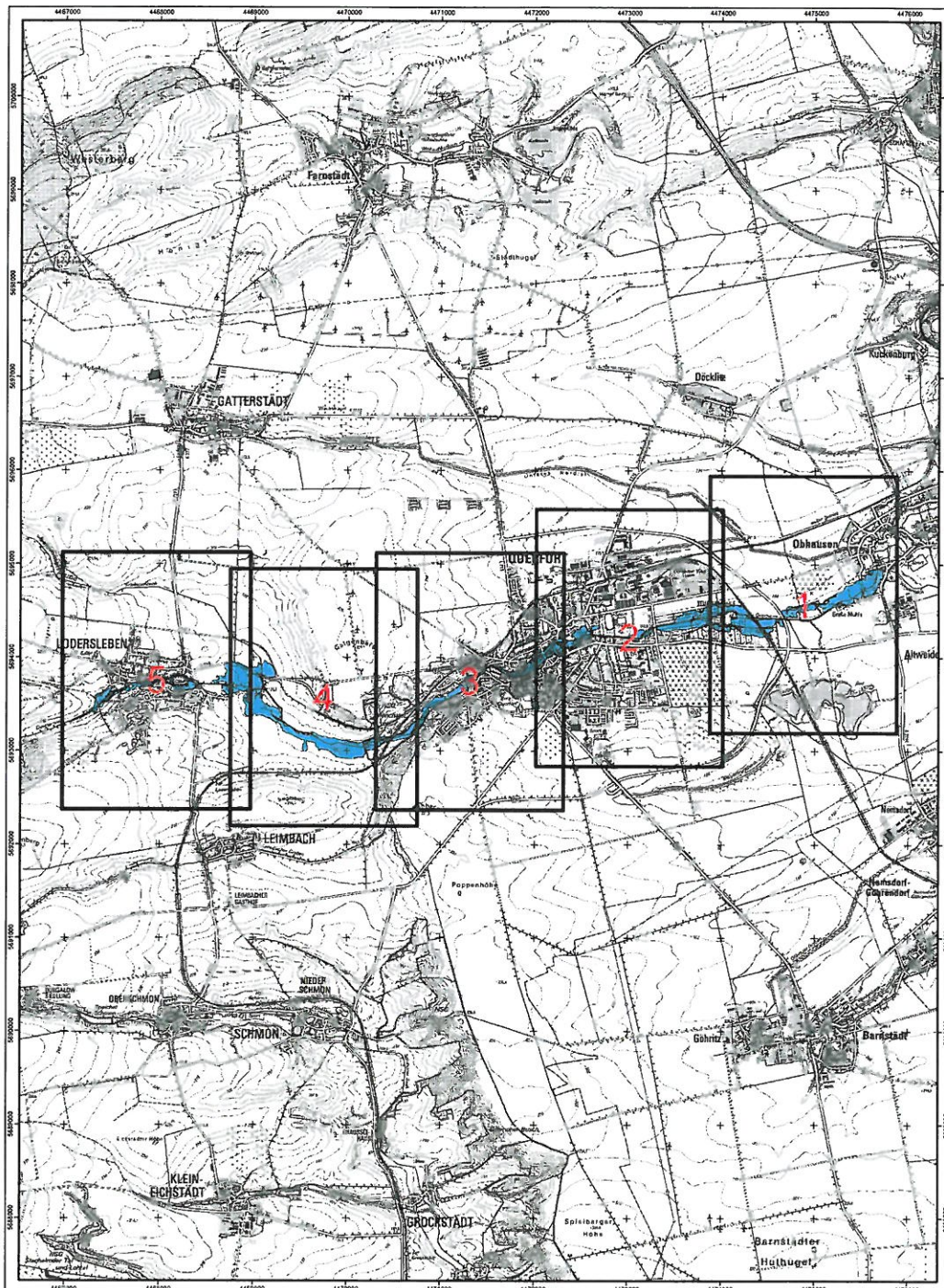
Datenquelle: Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt
Geschäftsbereich Grundlagen, Planung und Bau
Will-Brundert-Str. 14
06132 Halle (Saale)

Bearbeitung: Björnsen Beratende Ingenieure GmbH
Brüchler Herrenberg 2a
99092 Erfurt

Bearbeitungsland: September 2012

Kartengrundlage: Topographische Karte Sachsen-Anhalt DTK50
(Lagestatus 110, Höhenstatus 160)

Planmörtel auf der Basis amtlicher Geobasisdaten
©DTK50 Stand zu 2012 & Lizenz des LSA (www.lsa.sachsen-anhalt.de) / 10008
Eine Vervielfältigung der Zeichnung ist nicht gestattet.



Zeichenerklärung:

- Überschwemmungsgebiet HQ 100
- Blattschnitt Überschwemmungsgebietskarten



SACHSEN-ANHALT

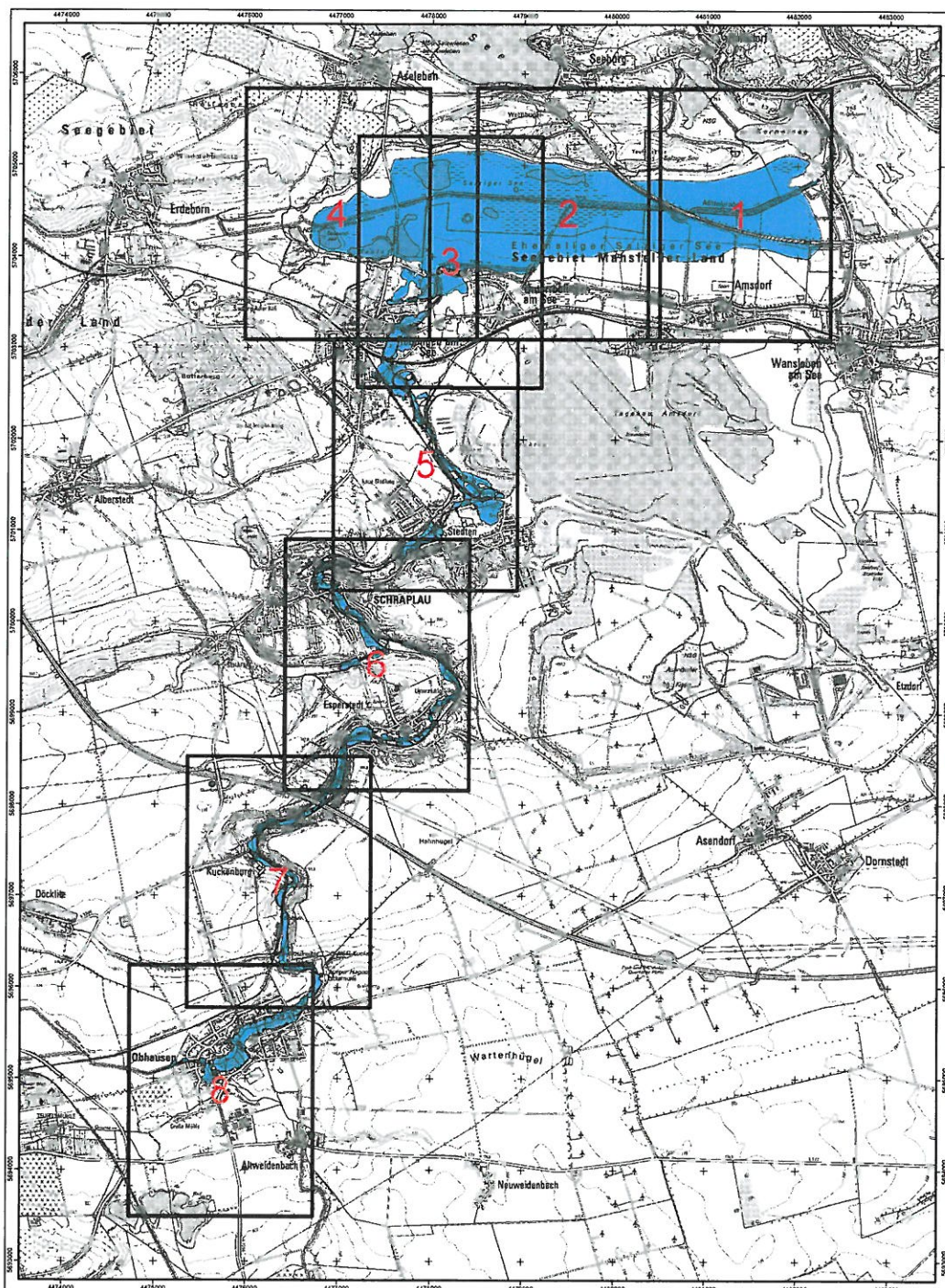
Landesverwaltungsamt

Überschwemmungsgebiet Querne
Flusskilometer 0+000 bis 10+092

- Übersichtskarte:** der Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Querne
- Maßstab:** 1 : 25.000
- Herausgeber:** Landesverwaltungsamt
- Redaktion:** Referat Wasser
Dessauer Straße 70
06118 Halle(Saale)
- Datenquelle:** Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt
Geschäftsbereich Grundlagen, Planung und Bau
Willi-Brandt-Str. 14
06132 Halle (Saale)
- Bearbeitung:** WTL Wasserfechnik Leipzig GmbH
Lößauer Straße 68
04347 Leipzig
- Bearbeitungsland:** Oktober 2012
- Kartengrundlage:** Topographische Karte Sachsen-Anhalt DTK25
(Lagestatus 110; Höhenstatus 160)

Darstellung auf der Grundlage von Geodaten aus dem Vermessungs- und Katasteramt
Mit Genehmigung des Landesamtes für Landesvermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt
© VermGeo LSA www.vermgeo.sachsen-anhalt.de 2012/01/12

Die Karte ist gesetzlich geschützt. Vervielfältigungen nur mit Erlaubnis des Herausgebers.
Alle Vervielfältigungen gelten z.B. Nachdruck, Fotokopie, Mikroverfilmung,
Digitalisieren, Scannen sowie Speicherung auf Datenträger.



Zeichenerklärung:

- Überschwemmungsgebiet HO 100
- Blattschnitt Überschwemmungsgebietskarten



SACHSEN-ANHALT

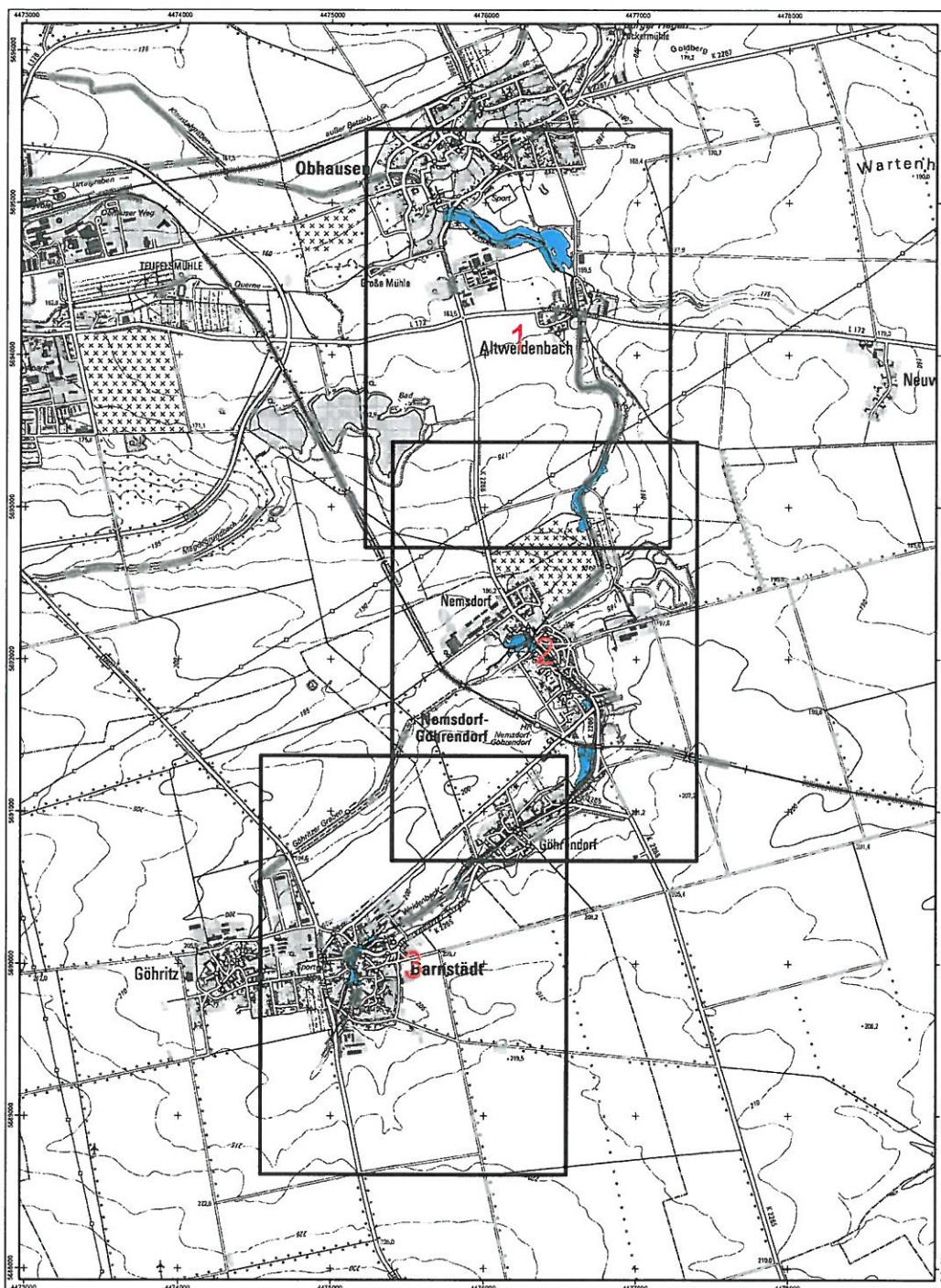
Landesverwaltungsamt

**Überschwemmungsgebiet Weida
mit ehemaligen Salzigen See
Flusskilometer 0+000 bis 16+525**

- Übersichtskarte:** der Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Weida mit ehemaligen Salzigen See
- Maßstab:** 1 : 25.000
- Herausgeber:** Landesverwaltungsamt
- Redaktion:** Referat Wasser
Dessauer Straße 70
06118 Halle (Saale)
- Datenquelle:** Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt
Geschäftsbereich Grundlagen, Planung und Bau
Willi-Brandert-Str. 14
06132 Halle (Saale)
- Bearbeitung:** Björnsen Beratende Ingenieure Erfurt GmbH
Brühler Herrenberg 2a
D-99092 Erfurt
- Bearbeitungsstand:** Oktober 2012
- Kartengrundlage:** Topographische Karte Sachsen-Anhalt DTK25 (Lagestatus 110, Höhenstatus 160)

Entstehung auf der Grundlage von Geodateninformationen der Vermessungs- und Katasterverwaltung
Mit Genehmigung des Landesamtes für Landesvermessung und GeoInformationen Sachsen-Anhalt
© Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt 2012/2013

Die Karte ist gesetzlich geschützt. Vervielfältigungen nur mit Erlaubnis des Herausgebers.
Als Vervielfältigungen gelten z.B. Nachdruck, Fotokopie, Fotokopie, Mikroverfilmung,
Digitalisieren, Scannen sowie Speicherung auf Datenträger.



Zeichenerklärung:

- Übersungsgebiet HQ 100
- Blattschnitt Übersungsgebietskarten



SACHSEN-ANHALT

Landesverwaltungsamt

Übersungsgebiet Weidenbach
Flusskilometer 0+001 bis 7+628

Übersichtskarte: der Verordnung zur Festsetzung des Übersungsgebietes Weidenbach

Maßstab: 1 : 15.000

Herausgeber: Landesverwaltungsamt

Redaktion: Referat Wasser
Dessauer Straße 70
06118 Halle (Saale)

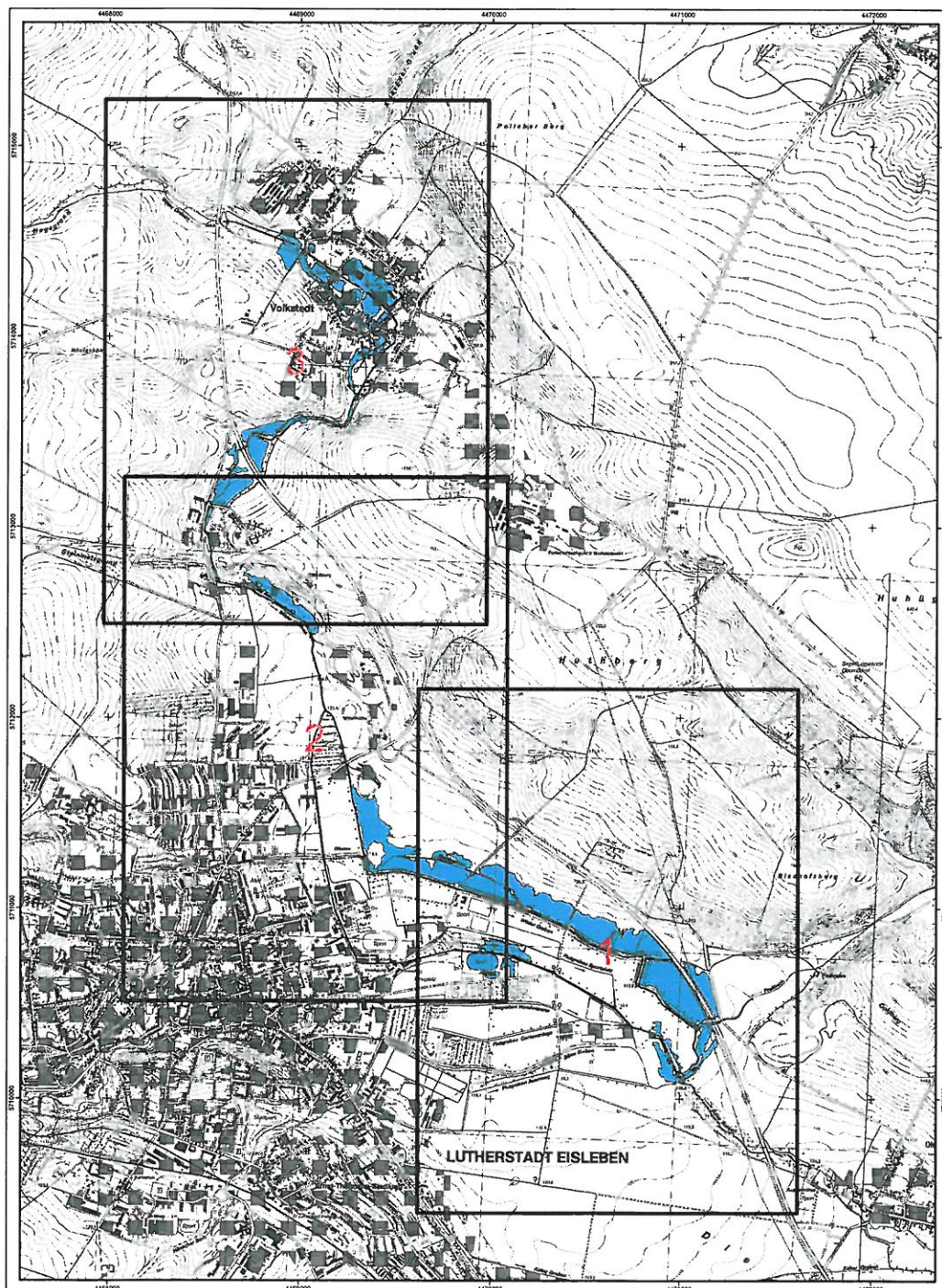
Datenquelle: Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt
Geschäftsbereich Grundlagen, Planung und Bau
Wili-Brundert-Str. 14
06132 Halle (Saale)

Bearbeitung: Björn Berallende Ingenieure Erfurt GmbH
Brühler Herrenberg 2a
D-99092 Erfurt

Bearbeitungsstand: September 2012

Kartengrundlage: Topographische Karte Sachsen-Anhalt DTK25
(Lagestatus 110; Höhenstatus 160)

Planunterlagen auf der Basis amtlicher Geobasisdaten
DTK25 Stand 04/2012 © VermGeo LS (www.vermgeo.sachsen-anhalt.de) / 10098
Eine Vervielfältigung der Zeichnung ist nicht gestattet.



Zeichenerklärung:

- Überschwemmungsgebiet HQ 100
- Blattschnitt Überschwemmungskarten



SACHSEN-ANHALT

Landesverwaltungsamt

Überschwemmungsgebiet Wilder Graben
Flusskilometer 0+003 bis 7+454

Übersichtskarte: der Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Wilder Graben

Maßstab: 1 : 25.000

Herausgeber: Landesverwaltungsamt

Redaktion: Referat Wasser
Dessauer Straße 70
06118 Halle (Saale)

Datenquelle: Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt
Geschäftsbereich Grundlagen, Planung und Bau
Willi-Brundert-Str. 14
06132 Halle (Saale)

Bearbeitung: Björnsen Beratende Ingenieure GmbH
Brühler Herrenberg 2a
99092 Erfurt

Bearbeitungsstand: September 2012

Kartengrundlage: Topographische Karte Sachsen-Anhalt DTK10
(Lagestatus 110, Höhenstatus 160)

Planunterlage auf der Basis amtlicher Geobasisdaten:
©DTK10 Stand 04/2012 © LVermGeo LSA (www.lvermgeo.sachsen-anhalt.de) / 10008"
Eine Vervielfältigung der Zeichnung ist nicht gestattet.